

Ein Kommentar von Peter M. Lingsens

Seit dem 24. Februar 2022 herrscht Krieg in Europa.

In diesen Tagen kann man nicht fernsehen oder im Internet surfen, ohne sofort auf den Krieg in der Ukraine zu stoßen. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg hat ein europäisches Land, Russland, ein anderes europäisches Land, die Ukraine, überfallen. In seiner Hauptstadt, Kiew, das nur etwa 1050 Kilometer von Wien entfernt ist, entscheidet sich, ob die Ukraine als eigenes Land bestehen bleibt oder ob Russlands Staatschef Wladimir Putin es zu einem Teil Russlands macht. Während ukrainische Männer zwischen 20 und 60 Jahren versuchen, ihr Land gegen den russischen Angriff zu verteidigen, suchen Frauen und Kinder in Kellern oder in U-Bahn-Schächten Schutz vor den Einschlägen russischer Raketen. Bis Mitte März sind bereits mehr als zwei Millionen alte Menschen, Frauen und Kinder über die polnische, slowakische, ungarische oder rumänische Grenze aus dem Land geflohen und die UNO nimmt an, dass weitere fünf Millionen Menschen aus der Ukraine in Nachbarländer fliehen werden. Es ist die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Die ersten Geflohenen sind bereits in Österreich angekommen.

Anders als die Ukrainer scheinen nicht alle russischen Soldaten zu wissen, wofür sie kämpfen. Oft kommen ihnen Einwohner entgegen, die Panzer mit bloßen Händen aufhalten wollen und sie auf Russisch anreden: „Wir waren doch bisher Brüder. Was wollt ihr hier? Fahrt doch nach Hause!“ Es gibt russische Soldaten, die dann nicht weiterkämpfen wollten.



Mehr als zwei Millionen Menschen haben ihre Heimat bereits verlassen.



Es ist die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Putins steiler Aufstieg

Als die **Sowjetunion** 1991 zerfiel, machten sich seine einzelnen Teilrepubliken selbstständig. Auch den Ukrainern gelang es, ihren eigenen Staat, die Ukraine, zu gründen. Völkerrechtlich war diese Ukraine eindeutig ein eigener Staat. Auch von Russland wurde die Eigenständigkeit der Ukraine garantiert.

Russlands heutigem Staatschef Wladimir Putin hat diese Entwicklung nicht gefallen. Er nennt den Zerfall der Sowjetunion „die größte weltpolitische Katastrophe“. Putin wurde im Jahr 2000 zum russischen Präsidenten, nachdem sein Vorgänger Boris Jelzin zurückgetreten war. Unter Jelzin blühte die **Korruption** und einige Männer erwarben um einen Pappenstiel Russlands größte, wertvollste Unternehmen. Sie wurden als sogenannte Oligarchen zu Multimilliardären. Die Wirtschaft wurde von der Mafia beherrscht und es gab in den 1990er-Jahren viel Kriminalität im Land.

Fotos: Zoya Shu/AP/picturedesk.com (1), DIMITAR DILKOFF/AFP/picturedesk.com (1)

Staatsführung mit harter Hand

Wladimir Putin wurde in der Sowjetzeit zum Agenten ausgebildet und war für den Geheimdienst tätig. Er wusste, wie man für Ordnung sorgt: Man sperrt Gangster und Kriminelle, aber auch Leute, die einem nicht folgen, in Gefängnisse. Aber auch Fernsehsender oder Zeitungen, die etwas anderes sagen, als man hören will, haben im eigenen Land nichts zu suchen. Man sorgt außerdem dafür, dass es nur Oligarchen gibt, die einen unterstützen. Als der Oligarch Michail Chodorkowski, der einen Ölkonzern besaß, Kritik an Putins Politik übte, wurde er wegen angeblichen Betruges angeklagt und verschwand lange Zeit hinter Gitter. Die Journalistin Anna Politkowskaja, die sich für Menschenrechte einsetzte und kritisch über Putin äußerte, wurde 2006 ermordet. Auch der Oppositionspolitiker Alexej Nawalny ist im August 2020 mit knapper Not einem Mordanschlag entgangen. Man hat ihm einen Schein-Prozess gemacht und ihn ins Gefängnis gesperrt.

Putins Russland ist langsam, aber sicher zu einer Schein-Demokratie geworden. Er hat die Gesetze so geändert, dass er lebenslang ohne jede Kontrolle an der Spitze des Staates stehen kann.

Der Weg der Ukraine nach Westen

Auch in der Ukraine gab es natürlich Probleme mit der neuen Freiheit nach dem Zerfall der Sowjetunion, also Korruption, Oligarchen, Mafia und Gangstertum. Eine Zeitlang gab es sogar eine kleine Gruppe von Neonazis – so nennt man Personen, die heute noch Anhänger Adolf Hitlers sind – die mehrere Sitze im neuen Parlament innehatten. Aber im Großen und Ganzen ging die Ukraine einen anderen Weg: Sie bemühte sich, zu einem westlichen Staat zu werden, in dem es freie Medien gibt, in dem man nicht im Gefängnis verschwindet, wenn man den Staatschef kritisiert, und in dem jeder die Chance hat, Wahlen zu gewinnen. Nicht dass dort alles perfekt wäre, aber die Ukraine wollte zu einer rechtsstaatlichen Demokratie werden, ersuchte um Aufnahme in die EU und wollte der **NATO** beitreten.

Das irritierte Putin gewaltig. Er wollte vor seiner Tür keinen Staat haben, der sich nach Westen orientiert und in dem es mehr Freiheit gibt.



Die Ukraine ist mit einer Fläche von 603.000 Quadratkilometern rund sieben Mal so groß wie Österreich.

Foto: olenadesign/shutterstock.com

Putin greift an

Im Jahr 2014 besetzen Spezialeinheiten aus Russland die Krim. Die Halbinsel am Schwarzen Meer war nicht immer Teil der Ukraine. Bis 1954 gehörte die Krim zur russischen Sowjetrepublik, deshalb leben dort vorwiegend russischsprachige Menschen. Bei einer 2014 abgehaltenen Volksabstimmung stimmten 95 Prozent für den Beitritt der Halbinsel zu Russland. Viele andere Staaten haben diese Abstimmung aber nicht anerkannt. Sie meinen: Statt Soldaten zu schicken und das Völkerrecht zu brechen, hätte Putin eine Volksabstimmung unter internationaler Beobachtung durchführen sollen.

Auch in der Donbass-Region im Osten der Ukraine, in der die Städte Donezk und Luhansk liegen, gibt es viele russischsprachige Menschen, die wollen, dass dieser Teil der Ukraine zu Russland gehört. Ob sie wirklich die große Mehrheit sind, ist aber im Gegensatz zur Krim höchst ungewiss. Seit 2014 kommt es dort zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Separatisten, also jenen, die diese Gebiete von der Ukraine loslösen wollen, und dem ukrainischen Militär. Die Separatisten wurden von Putin unterstützt und haben die international nicht anerkannten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ ausgerufen.

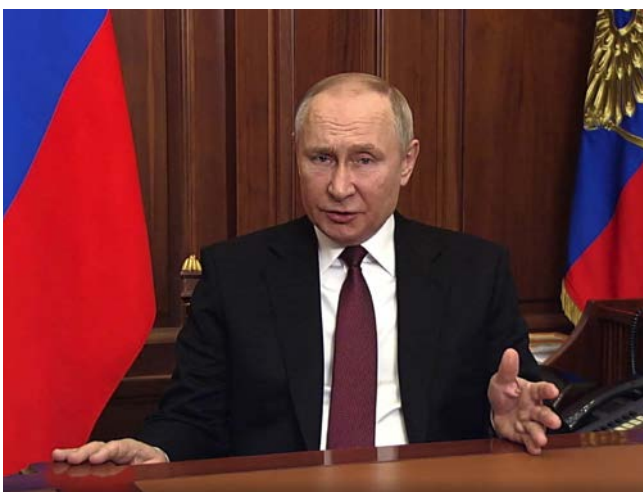
Der riesige Rest der Ukraine will allerdings unter keinen Umständen zu Russland gehören, sondern ein eigener Staat bleiben.

Putins Märchen vom gerechten Krieg

Putin aber wollte keinen eigenständigen ukrainischen Staat und schon gar kein freies, westlich orientiertes Nachbarland. Er gab vor, ein Manöver abzuhalten, ließ immer mehr Truppen an der Grenze zur Ukraine aufmarschieren und suchte einen Vorwand für den Einmarsch. Da es aber keinen wirklichen Grund gab, erfand er ihn: Die Ukraine würde von Nazis regiert, die die russische Bevölkerung systematisch umbringen, und die NATO bedrohe Russland.

Das ist absurd: Der heutige Regierungschef der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, ist kein Nazi, sondern ein Jude, dessen Vorfahren wie viele andere Juden von Hitler ermordet wurden. Die kleine Gruppe ukrainischer Neonazis hat seit seinem Amtsantritt keine Sitze mehr im Parlament. Die NATO, der sich die Ukraine anschließen will, ist ein Verteidigungsbündnis, das Russland in keiner Weise bedroht – in den ersten Jahren von Putins Regierungszeit war sogar vorgesehen, dass auch Russland sich der NATO annähert. Und natürlich begeht die ukrainische Regierung in keiner Weise einen Völkermord an der russischsprachigen Bevölkerung im Land.

Bei einer Abstimmung der Vereinten Nationen am 2. März 2022 haben 141 Staaten den russischen Einmarsch in die Ukraine verurteilt und nur fünf Staaten – Nordkorea, Belarus, Syrien, Eritrea und Russland selbst – haben gegen die Verurteilung gestimmt.



Der russische Präsident Wladimir Putin hat in der Nacht auf 24. Februar einen Angriff gegen die Ukraine gestartet.



Charkiw, die zweitgrößte Stadt der Ukraine, liegt nach Bombenangriffen in Trümmern.

Fotos: HANDOUT/AFP/picturedesk.com (1), Sipa Press/Action Press/Sipa/picturedesk.com (1)

Die Sanktionen des Westens gegen Russland

Die EU hat gemeinsam mit den USA harte Sanktionen, also Strafmaßnahmen, beschlossen. Diese werden die russische Wirtschaft massiv schwächen und sollen Putin dazu bewegen, seinen Krieg in der Ukraine zu beenden. So hat der russische Staat keinen Zugriff mehr auf Geld, das in westlichen Banken angelegt ist. Und indem die USA, Kanada, Großbritannien und die Mitglieder der EU weniger russisches Öl und Gas kaufen als bisher, kann sich Russland nicht mehr so leicht einen kostspieligen Krieg leisten.

Wenn Putin in der Ukraine auch militärisch viel langsamer weiterkommt, als er dachte, ist er vielleicht doch bereit, die Waffen ruhen zu lassen und zu verhandeln. Die Ukraine könnte dann vielleicht, um Russland entgegenzukommen, wie Österreich, ein neutraler Staat werden, der zwar der EU, nicht aber der NATO beitrifft, und der die Krim, Luhansk und Donezk nicht mehr zu seinem Staatsgebiet zählt. Vielleicht ist das der Weg zu einem dauerhaften Frieden.

Stand: 16. März 2022

**LINKTIPP:**

Wenn du mehr über die Entstehung der NATO und deren Rolle im Ukraine-Krieg wissen möchtest, empfehlen wir dir dieses Video: <https://www.youtube.com/watch?v=xrGqXrUdqlw>

Was heißt ...

Sowjetunion: ein riesiges **kommunistisches** Reich, das 1991 aufgelöst wurde. Die Sowjetunion bestand aus 15 Sowjetrepubliken, die seit 1992 eigenständige Länder sind. Dazu gehören Russland, Belarus, die Ukraine, Estland, Lettland, Litauen, Georgien oder auch die Republik Moldau.

Kommunismus: Kommunismus ist ein Gesellschaftsmodell, in dem es kein Privateigentum gibt. Firmen, Maschinen und landwirtschaftliche Flächen gehören nicht einer einzelnen Person, sondern der Gemeinschaft. Die Idee dahinter: Allen Menschen soll es gut gehen, weil der Staat die benötigten Güter gleichmäßig unter den Menschen verteilt. Was nach einer gerechteren Welt klingt, führte oft zu Misswirtschaft und zu Unterdrückung der Bürger durch die Machthaber.

NATO: ein Bündnis westlicher Staaten, dem voran die USA, Kanada, Großbritannien und fast alle Staaten der EU angehören und für das gilt: Wenn ein Mitglied angegriffen wird, kommen ihm alle anderen Mitglieder militärisch zu Hilfe. Der Angreifer geht also ein gewaltiges Risiko ein.

Korruption: Das bedeutet, dass Menschen in öffentlichen Positionen, zum Beispiel Politiker*innen, Polizist*innen oder Beamt*innen, bestechlich sind, zum Beispiel Geld für ihre Leistungen annehmen, und so in ihre eigene Tasche wirtschaften.